

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sascha Lensing, Dr. Gottfried Curio,
Dr. Christian Wirth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion AfD
– Drucksache 21/4459 –**

Offensive gegen Organisierte Kriminalität – Staat stärken, Strukturen zerschlagen

A. Problem

Die Fraktion der AfD beklagt die zunehmende Internationalisierung, Professionalisierung und Digitalisierung organisierter krimineller Strukturen. Gleichzeitig würden verteilte Zuständigkeiten und langwierige Prozesse eine effektive und koordinierte Bekämpfung erschweren.

Sie fordert die Bundesregierung daher auf, die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität (OK) in Deutschland auf Grundlage der aktuellen Lagebilder des Bundeskriminalamtes weiterzuentwickeln und insbesondere die beim Bundeskriminalamt und in den Ländern bereits bestehenden Analyse- und Koordinierungsstrukturen im Bereich der OK weiterzuentwickeln, personell und technisch zu stärken und ihre länderübergreifende Vernetzung zu verbessern.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 21/4459 abzulehnen.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Berlin, den 7. Oktober 2026

Der Innenausschuss

Josef Oster
Amtierender Vorsitzender

Dr. Katja Strauss-Köster
Berichterstatterin

Sascha Lensing
Berichterstatter

Ingo Vogel
Berichterstatter

Marcel Emmerich
Berichterstatter

Clara Bünger
Berichterstatterin

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Dr. Katja Strauss-Köster, Sascha Lensing, Ingo Vogel, Marcel Emmerich und Clara Bünger**I. Überweisung**

Der Antrag auf **Drucksache 21/4459** wurde in der 62. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. März 2026 an den Innenausschuss federführend sowie an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Finanzausschuss und den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 52. Sitzung am 7. Oktober 2026 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/4459 empfohlen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 45. Sitzung am 7. Oktober 2026 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/4459 empfohlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 37. Sitzung am 7. Oktober 2026 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/4459 empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 21/4459 in seiner 45. Sitzung am 7. Oktober 2026 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Berlin, den 7. Oktober 2026

Dr. Katja Strauss-Köster
Berichterstatterin

Sascha Lensing
Berichterstatter

Ingo Vogel
Berichterstatter

Marcel Emmerich
Berichterstatter

Clara Bünger
Berichterstatterin

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.